

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, ausser an den Feiertagen, Morgens 6 Uhr für den nächsten Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsbanknoten 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung nach die Noten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt.

Abgabezeitung: Die Reichsbanknoten 20 Markstücke, die 4 geklebten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Markstücke, die 2 geklebten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Markstücke. Nachvertragspreis: 20 Markstücke. Wilsdruff, den 7. März 1927. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt. Die Reichsbanknoten werden nach Wilsdruff in den Reichsbanknoten umgewandelt.

Nr. 55. 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 7. März 1927

## Die Botschafterkonferenz.

Jetzt sind in Berlin die Militärbevollmächtigten der Entente eingezogen; war doch wegen der endgültigen Erledigung der letzten Entwaffnungsstreitigkeiten zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz vereinbart worden, daß zwar die Militärkontrollkommission der Entente aufgelöst werden sollte, dafür von der Botschafterkonferenz höhere Offiziere nach Berlin entsandt würden, die die Durchführung der Vereinbarungen über eine teilweise Befreiung der deutschen Offiziere zu überwachen hätten.

Mit der Botschafterkonferenz hat Deutschland seit dem 10. Januar 1920, dem Tage, da der Friedensvertrag von Versailles in Kraft trat, zu tun gehabt, obwohl sie — gar keine offizielle Einrichtung ist, man sie im Friedensvertrag nicht vorfindet. Sie hat sich „gewohnheitsrechtlich“ konstituiert und ist ihrem Wesen nach eine Fortsetzung der durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrages formell beendeten Friedenskonferenz der „alliierten und assoziierten Mächte“ in Paris. Dort war aber ausdrücklich unterschieden zwischen den „Großmächten“, nämlich Nordamerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und den „kleineren Staaten“ auf der anderen Seite. In der Hauptsache ist diese Botschafterkonferenz nun nichts anderes als die Fortsetzung der Konferenz jener fünf „Großmächte“, die den Friedensvertrag ja auch eigentlich geschaffen hatte, abgesehen von Nordamerika, das nicht mehr Mitglied der Botschafterkonferenz wurde, weil die Unterzeichnung des Versailler Vertrages unter den Friedensvertrag durch die parlamentarischen Körperschaften der Union nicht ratifiziert wurde. Den Vorsitz an dieser Konferenz der in Paris stehenden Botschafter jener anderen vier Mächte hat immer Frankreich.

Als tatsächliche Nachvertragskonferenz der Entente hatte sie zur Hauptaufgabe die Überwachung über die Durchführung des Versailler Friedens und ist daher den verschiedenen Kommissionen, die die einzelnen Teile des Vertrages vorhaben, also der Reparationskommission, der Rheinland- und der Militärkontrollkommission usw. überordnet, trifft also überall die letzten Entscheidungen. Alles dies ist aufgebaut auf Vereinbarungen der Entente-mächte untereinander, denen sich Deutschland natürlich einlassen zu beugen hatte. Freilich hat die Reparationskommission durch den Dawes-Vertrag wesentlich andere Aufgaben erhalten als früher, so daß jetzt, namentlich durch die Wirksamkeit der Amerikaner, eine gewisse Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses eingetreten ist. Da auch die Militärkontrolle so gut wie beendet ist, so ist der Einfluß, den die Botschafterkonferenz sechs Jahre hindurch gehabt hat, praktisch stark vermindert.

Bei der überragenden Machtstellung, die Frankreich in der Konferenz besitzt — außer dem Vorsitzenden, der bei der häufig vorkommenden Stimmengleichheit den Ausschlag gibt, verfügt Frankreich noch über ein besonderes Mitglied — ist es ja nicht besonders verwunderlich, daß wir Deutschen mit der Botschafterkonferenz die trübsten Erfahrungen gemacht haben. Es bedurfte meist gar nicht erst der Gutachten jener verschiedenen Kommissionen an die Konferenz, um diese jedesmal zu einer scharfen Stellungnahme gegen Deutschland zu veranlassen. So hat sie z. B. nachträglich auch den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet gebilligt. Erfreulicherweise hat sie aber mit der Durchführung bzw. Garantierung der Verträge von Locarno gar nichts mehr zu tun, und eine ganze Reihe von Streitfragen, die letzten Endes aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages entspringen sind und immer noch entstehen, kommt vor den Völkerverbund, wo Deutschland wenigstens mitzureden hat. So verschwindet die Botschafterkonferenz allmählich aus den Auseinandersetzungen, weil ja ihre Hauptaufgabe so gut wie erledigt ist, die Durchführung des Friedens zu überwachen.

## Die ermäßigten Getreidezölle bleiben.

Ein Beschluß des Reichskabinetts. Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichsrat und dem Reichstag eine Vorlage zugehen zu lassen, die bestimmt, daß die zurzeit in Kraft befindlichen ermäßigten Lebensmittelszölle, die am 31. März ihre Gültigkeit verlieren sollten, bis zum 31. Juli in Geltung bleiben, also bis zu dem Termin, an dem die gesamte zurzeit in Kraft befindliche vorläufige Zolltarif ohne ihre Geltung verlieren soll. Infolge dieses Beschlusses bleibt es bei den Zusatzbestimmungen zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag, wonach der Zoll für Roggen nur 5 Mark anstatt 6 Mark, für Weizen ebenfalls 5 Mark anstatt 6,50 Mark beträgt. Auch die anderen Sätze behalten ihre Gültigkeit.

Die Besprechung einer sozialdemokratischen Interpellation wegen der Suspension des Roggenzollens und die Beratung des Etats des Reichsernährungsministeriums wird dem Reichstag bereits Gelegenheit zu einer Debatte über die Agrarzölle geben. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Vorlagen über eine eventuelle Verlängerung der gesamten Zolltarifnovelle dem Reichstag so rechtzeitig zu legen, daß ihm Zeit zu einer eingehenden Beratung bleibt.

## Die Deutschen in Genf.

Dr. Stresemanns Antritt.

Reichsminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Dr. v. Schuber sind am Sonntag vormittag, von San Remo kommend, in Genf eingetroffen. Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation für die bevorstehende Ratstagung, darunter Ministerialdirektor Dr. Gaus, Geheimrat von Bülow, Gesandter Freitag, Geheimrat Zedlin und Geheimrat von Friedberg, sind bereits Sonntagabend mit dem Fahrplanmäßigen Zug in Genf angekommen.

Eine Stunde nach Stresemanns Antritt traf Dr. v. Schuber ein.

Die Eröffnung der Tagung des Völkerbundes war auf Montag vormittag anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. drei Fragen, denen politische Bedeutung zukommt. Es handelt sich um Fragen betreffend das Saargebiet, insbesondere um die Aufstellung einer Eisenbahnschutztruppe, und um die Wahl der Mitglieder der Regierungskommission und die deutsch-polnischen Beziehungen, namentlich um die Frage der deutschen Schulen in Oberschlesien und um die Stellung der ungarischen Östanten in Rumänien. Es ist auch möglich, daß die Verhältnisse in China in der einen oder anderen Form vom Räte behandelt werden.

Dem Finanzausschuß des Völkerbundes ist es nach dreitägigen Beratungen gelungen, in bezug auf § 4 des Danzig-polnischen Zollabkommens über die Befugnisse der polnischen Zollkontrolleure in Danzig Vorschläge aufzustellen, die das Zustandekommen eines Kompromisses zwischen Danzig und Polen wahrscheinlich machen. Die Vorschläge, die die Zollverhältnisse der freien Stadt Danzig betreffen, haben bereits die arbeitsmäßige Zustimmung der Danziger Delegation wie auch des polnischen Unterhändlers Strasburger gefunden; dieser hat allerdings die endgültige Zustimmung Polens von der Entscheidung des in Genf weilenden Ministers des Äußeren, Jaleski, abhängig gemacht.

## Das Programm der Völkerbundstagung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 6. März. Der Völkerbundrat wird morgen vormittag unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns um 11 Uhr zunächst zu einer geheimen Sitzung zusammenzutreten. In der öffentlichen Sitzung wird zunächst die Frage der Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zur Sprache kommen. Ferner wird der Bericht der Mandatskommission über die direkte Anhörung der Vertreter der Mandatsgebiete sowie über den neuen Fragebogen für die Mandatsmächte zur Sprache gelangen. Des weiteren steht auf der Tagesordnung der Bericht der Hygienekommission sowie des System der Wehr der nichtständigen Staatsmitglieder. Für den Nachmittag ist morgen keine weitere Sitzung des Völkerbundes vorgesehen. Am Nachmittag tritt lediglich ein Unterkomitee des Völkerbundes zur Entscheidung über die von Rumänien vor den Völkerbundrat gebrachten Fragen der Kompetenz des gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshofes in Paris zusammen. Die heute vom Völkerbundssekretariat veröffentlichte Tagesordnung für die nächsten Ratstagen, die insgesamt jetzt 40 Fragen umfaßt, reicht bis zum Mittwoch, so daß allem Anschein nach mit einer kurzen Dauer der gegenwärtigen Tagung gerechnet werden kann. Nach den bisherigen Dispositionen werden die Fragen der Neubildung der Sozialregierung sowie des Rückganges der französischen Truppen aus dem Saargebiet nicht vor Mittwoch zur Verhandlung kommen. Auf der für Dienstag nachmittag vorgesehenen Völkerbundratssitzung wird voraussichtlich der Protest des oberösterreichischen Völkerbundes behandelt werden.

## Arbeitszeitgesetz und Gewerkschaften.

Einpruchserklärung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt:

Der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf zur Änderung der geltenden Arbeitszeitverordnung läßt die von den Gewerkschaften aller Richtungen erhobene Forderung nach Wiederherstellung des Achtstundentages völlig unberücksichtigt. Von ihm ist daher in keiner Weise der Erfolg zu erwarten, den die Gewerkschaften mit ihrer Forderung insbesondere erreichen wollten: die Minderung des Arbeitslosentumers. Der Regierungsentwurf bringt weder Arbeitenden noch Arbeitslosen nennenswerte Vorteile. Er bringt sogar teilweise erhebliche Verschlechterungen. Die Gewerkschaften geben ihrer Erwartung Ausdruck, daß die Fraktionen des Reichstages sich der Tatsache bewusst sein werden, daß hinter den Forderungen der Gewerkschaften auch heute noch der einstimmige Wille der nationalen Arbeiter und Angestellten steht, wenn auch aus politischen Gründen der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund glaubt, diese Erklärung nicht unterzeichnen zu können.

## Propagandaschriften der polnischen Gesandtschaft.

Deutscher Protest in Warschau.

In Berlin ist man jetzt einer eigenartigen polnischen Auslandspropaganda auf die Spur gekommen. Diese Propaganda zeigt, daß Polen mit einem großen Aufwand an Mitteln bestrebt ist, seiner Auffassung in internationalen Kreisen und in der Weltpresse Geltung zu verschaffen. Vor allem bestand polnischerseits der Wunsch, die Auffassung der polnischen Regierung in der Frage der deutschen Offensiven und der Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen der öffentlichen Meinung sowohl in Deutschland wie auch im Ausland aufzuzwingen. Bei dieser diplomatischen Propaganda ist auch die polnische Gesandtschaft in Berlin nicht ganz unbeteiligt. Wie jetzt bekannt wird, hat die Berliner polnische Gesandtschaft im Gebiete der ausländischen Missionen in Berlin und einigen Blättern der Reichshauptstadt Rundschreiben zugesandt, in denen auf die Aussetzung der Handelsvertragsverhandlungen durch den deutschen Bevollmächtigten Bezug genommen und unter Verbrechung der tatsächlichen Tatbestände der deutschen Regierung eine Expropiation untergeschoben wurde. Der deutsche Gesandte in Warschau hat gegen diese unerhörten Gesandtschaften und gegen die Form, in der die polnische Gesandtschaft neuerdings mit ausländischen Missionen in Berlin zu verkehren beliebt, energische Beschwerden bei der Warschauer Regierung erhoben.

Der polnische Außenminister Jaleski, der auf seiner Reise zur Völkerbundtagung nach Genf der Hauptstadt Österreichs einen kurzen Besuch abgestattet hat, sprach sich einem österreichischen Journalisten gegenüber über die Aussichten einer Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen aus. Minister Jaleski gab der Hoffnung Ausdruck, daß er in Genf Gelegenheit zu einer Aussprache über diese Frage mit Dr. Stresemann haben werde. Er würde diese Gelegenheit um so lieber benutzen, als er vermutet, daß auf deutscher Seite eine solche Aussprache für erwünscht gehalten werde. Die polnische Regierung habe ihren besten Willen zur Erzielung einer Entspannung zwischen Polen und Deutschland dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie aus dem Abbruch der Verhandlungen ihrerseits keine weiteren wirtschaftlichen oder politischen Konsequenzen gezogen habe. Schließlich dementierte der polnische Außenminister die Meldung, daß zwischen Polen und England Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Sowjetrußland im Gange sind.

## Deutsch-polnische Verhandlungen.

Bevorstehende Wiederaufnahme.

Die polnische Telegraphenagentur meldet amtlich: „Durch die Aussetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurden die zwischen den polnischen und der deutschen Regierung in Berlin geführten Verhandlungen über rechtliche, sozialpolitische und Berechnungsfragen nicht beeinflusst. Der polnische Bevollmächtigte Dr. Prondzynski, in dessen Wirkungsbereich diese Fragen gehören, wird in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, wo demnächst Verhandlungen über die Fragen der Wanderarbeiter, der Sozialversicherungen und die Berechnungsfragen beginnen sollen.“

Es handelt sich um Verhandlungen, deren Wiederaufnahme bereits in einem provisorischen Abkommen vom 9. Dezember vorgesehen war. Über die Wanderarbeiterfrage sind bekanntlich bereits zwei provisorische Abkommen abgeschlossen worden.

Die polnische Telegraphenagentur meldet amtlich: „Durch die Aussetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurden die zwischen den polnischen und der deutschen Regierung in Berlin geführten Verhandlungen über rechtliche, sozialpolitische und Berechnungsfragen nicht beeinflusst. Der polnische Bevollmächtigte Dr. Prondzynski, in dessen Wirkungsbereich diese Fragen gehören, wird in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, wo demnächst Verhandlungen über die Fragen der Wanderarbeiter, der Sozialversicherungen und die Berechnungsfragen beginnen sollen.“

Es handelt sich um Verhandlungen, deren Wiederaufnahme bereits in einem provisorischen Abkommen vom 9. Dezember vorgesehen war. Über die Wanderarbeiterfrage sind bekanntlich bereits zwei provisorische Abkommen abgeschlossen worden.